Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 54 (1960)

Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : Adenauer diktiert ; Südafrika in Aufruhr ; Kuba wird frei ; Reichtum und Not in Lateinamerika ; Nordamerikas Vorherrschaft ; Die neue Revolution

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140460

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Adenauer diktiert Die Westmächte treten zur Gipfelkonferenz, die am 16. Mai in Paris beginnen soll, ganz und gar nicht in geschlossener Front an. Die zahllosen Vorbesprechungen ihrer Staatsführer und Diplomaten, die sich in den letzten Wochen fast beängstigend gehäuft haben, zeigten nur immer wieder, wie schwer, ja unmöglich es ist, die Vertreter der «freien Welt» unter einen Hut zu bringen, handle es sich nun um Berlin, um die Einigung Deutschlands, um die Einstellung der Atombombenversuche oder um die militärische Gesamtabrüstung. Und außerhalb der Verhandlungen über die Gipfelkonferenz tauchen ja immer wieder neue und alte Fragen der internationalen Politik auf, wie die Algerienfrage und das südafrikanische Problem, über deren Lösung sich die Westmächte ebenfalls alles andere als einig sind.

Die Bonner Regierung kann sich nichts Besseres wünschen. Je handlungsunfähiger die Kabinette von London, Paris und Washington sind, um so freier können die Adenauer, Strauß, Erhardt und ihr Anhang handeln — und *sie* wissen bestimmt, was sie wollen. Gerade jetzt organisieren sie eine große Propaganda mit dem Stichwort «Selbstbestimmung des deutschen Volkes über seine Zukunft», das heißt (man hört es schon seit Jahren bis zum Überdruß) Herbeiführung der Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten durch eine «freie Volksabstimmung» in West- wie in Ostdeutschland, die natürlich den triumphalen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik und weiterhin den Anschluß des also vereinigten Alldeutschlands an den Westblock bringen soll. Worauf der Weg offen stünde für die Zurückgewinnung der 1945 an Polen, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion verlorenen Gebiete, ja für die «Neuordnung des ganzen osteuropäischen Raumes» bis hin zum Ural. Alles auf ganz friedlichem Wege, versteht sich!

Man weiß natürlich in Bonn ebensogut wie in der übrigen Welt, daß von einem solchen «friedlichen» Beutezug ostwärts überhaupt keine Rede sein kann, und daß das Unternehmen, sollte es je versucht werden, genau so katastrophal scheitern würde, wie die beiden von Wilhelm II. und Adolf Hitler ins Werk gesetzten Germanenzüge in Richtung Ural gescheitert sind. Zum Überfluß hat es Chruschtschew auf seiner Frankreichreise nochmals ausdrücklich gesagt, als er vor jedem Versuch warnte, die Grenzen der Bundesrepublik über die Elbe und gar über die Oder und Neiße hinaus vorzuschieben. Die kapitalistische Bundesrepublik und die kommunistische DDR, so bemerkte er, seien sozusagen vorsehungsmäßig voneinander geschieden. «Wir müssen sie anerkennen, als wären sie, wie die Gläubigen sagen würden, von Gott gegeben . . . Ich erkläre Ihnen offen, daß es keine ir-

gendwie geartete Möglichkeit gibt, Westdeutschland wiederum nach Osten hin auszudehnen.»

Das sollte klar sein. Und doch bestärken die drei Westmächte die Bonner Regierung immer wieder in ihren Ausdehnungs- und Herrschaftsplänen. Auch in ihren *wirtschaftlichen* Herrschaftsplänen. Am ehesten beginnt man in England zu merken, wohin das führen muß. Der «Gemeinsame Markt», also die Zollunion zwischen Westdeutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg, droht auf weitere Sicht tatsächlich die britische Ausfuhrindustrie an die Wand zu drücken. Er zielt darauf ab, die Produktionsleistung des festländischen Westeuropa planmäßig zu erhöhen und ihm dadurch auf Kosten Englands einen wachsenden Anteil am Weltmarkt zu sichern. Von 1950 bis Ende 1959 ist der britische Anteil am Welthandel ohnehin schon von 25 auf 16,6 Prozent gefallen, während derjenige Westdeutschlands von 13 auf 20 Prozent gestiegen ist — und diese Entwicklung, so fürchtet man in England, würde sich fortsetzen, wenn der Gemeinsame Markt sich einmal richtig eingespielt hätte. Gleichzeitig würde Westdeutschland, auch politisch und militärisch, das stärkste Gewicht in einem künftigen Kleineuropa haben und die anderen Teilhaber der heutigen NATO-Gruppierung einfach in die Tasche stecken. Die Vorgänge um den Bonner Plan, in Spanien Fuß zu fassen, haben ja deutlich genug gezeigt, was sich der neue deutsche Nationalismus und Militarismus alles herausnehmen zu dürfen glaubt.

Trotzdem stellen sich Washington, Paris und zuletzt auch London immer wieder fest und treu hinter Bonn. Sie haben in der spanischen Affäre sachlich nachgegeben und helfen wacker mit, Westdeutschland Nachschub- und Übungslager außerhalb seiner Grenzen zu verschaffen. Und sie werden sich dem Druck der Bundesrepublik auch in den Fragen fügen, die auf der Tagesordnung der Gipfelkonferenz stehen — alles, um ja Adenauer bei guter Laune zu halten und den westdeutschen Freund im Kampf gegen den kommunistischen Osten nicht zu verlieren. Genau wie nach dem Ersten Weltkrieg!

Man behauptet zwar, man habe aus der damaligen Unterstützung der deutschen Wiederaufrüstung und Wiederausdehnung etwas gelernt — nämlich daß man zuletzt der Betrogene sei, wenn man einen Diktator zu beschwichtigen (to appease, wie die Engländer sagen) suche. Heute sei der Diktator eben Chruschtschew; die Lösung müsse darum sein: Keinen Zollbreit vor den sowjetischen Forderungen in bezug auf die Beendigung des Kalten Krieges zurückweichen! In Wahrheit ist aber die Grundrichtung der westmächtlichen Politik in Europa genau die gleiche geblieben, die sie schon in den zwanziger und dreißiger Jahren war. Sie fing nicht erst an, als Hitler ans Ruder kam, sondern schon nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, ja schon vorher, als die Russische Revolution durchbrach und die west-östliche Gegenrevolution organisiert wurde. Die Förderung Hitlers durch

die Westmächte war nur die logische Fortsetzung der antikommunistischen Politik, die bereits 1917 offen an den Tag trat.

Die Dummheit Hitlers unterbrach zwar für ein paar Jahre die Weiterführung dieser Linie; aber nach Roosevelts Tod wurde sie sofort wiederaufgenommen, und seither lassen sich die Westmächte mit einer Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, erneut zum Vorspann einer deutschen Politik machen, die in anderen Formen die Ziele Hitlers wiederverfolgt. Ihr zuliebe bringen sie jedes Opfer und werfen den Bonner Ausdehnungspolitikern eine Beute um die andere zu, treiben also eine Appeasement-Politik, wie sie schöner nicht gedacht werden kann. Und wenn es dazu unbedingt auch einen Diktator braucht — was ist denn der mumifizierte Adenauer anderes als ein richtiggehender Diktator, vor dem seine Deutschen fast so platt auf dem Bauch liegen, wie sie es vor Hitler taten? Der westdeutsche Kanzler kann sich etwas einbilden, daß er nun auch den Westmächten das Gesetz ihres Handelns diktieren kann. Was wunder, daß man in Bonn immer unverschämter und rücksichtsloser auftritt? Man denke nur etwa an die letzte Note des Herrn von Brentano an die Adresse Chruschtschews, dem die Westdeutschen böswillige Verleumdung ihrer ach, so guten, erzfriedlichen Absichten vorwerfen — sie, in deren Reden, Zeitungen und Radiosendungen seit Jahr und Tag die Sowjetunion mit Verleumdungen und Beschimpfungen überhäuft wird, die an Unsachlichkeit und Bösartigkeit kaum zu überbieten sind!

Südafrika in Aufruhr Es ist sträfliche Verblendung, die die Westmächte aus lauter Kommunistenangst nicht sehen läßt, woher die *wirkliche Gefahr droht*, so wie sie die tödliche Gefahr auch vor dem Zweiten Weltkrieg nicht sahen oder sehen wollten — oder doch erst zu spät, als Hitler bereits die Tschechoslowakei vergewaltigt hatte und sich anschickte, nun auch Polen (und den Rest!) zu erobern. Verblendung ist es auch, was die Franzosen nicht sehen läßt, daß die militärische Niederwerfung der algerischen Freiheitsbewegung ein Trugbild ist, dem nachzujagen nur immer neues Unheil über sie bringen kann. Und erst recht ist es Verblendung, wenn die weißen *Südafrikaner* — ihre erdrückende Mehrheit wenigstens — glauben, mit ihrer unmenschlichen Gewaltpolitik die zehn Millionen schwarze und farbige Afrikaner auf die Länge niederhalten und ausbeuten zu können!

Alle einsichtigen Sachkenner warnen seit Jahren vor einer Fortsetzung dieses Kurses — bisher vergebens; die Apartheid wurde in den letzten Monaten nur immer weiter verschärft. Ob die sich jetzt ankündigende Massenerhebung der Schwarzen die «Herrenrasse» nicht endlich doch aufrütteln und zur Umkehr bringen wird? Denn Südafrika steht nun wirklich in offenem Aufruhr. Es begann mit dem meist passiven Widerstand gegen die ja besonders gehässigen Paß-

gesetze, die in raffiniert ausgeklügelter Weise die Afrikaner einfach recht- und wehrlos machen, wenn sie nicht fortwährend ein paar Ausweise über ihre Person, ihre Arbeit, ihren Wohnsitz usw. usw. mit sich tragen. Dann kam das Blutbad von Sharpeville am 21. März mit über 70 Toten und mehr als 200 Verwundeten — lauter unbewaffneten Afrikanern, die nach zuverlässigen Zeugenaussagen von der Regierungspolizei ganz sinnlos und ohne vorherige Warnung durch Tränengas und dergleichen mit Maschinengewehren niedergestreckt wurden. Ein Aufschrei des Entsetzens ging durch die gesittete Welt — mit nur schwachem Widerhall freilich bei den Regierungen und der Presse der herrschenden Klassen in der «freien Welt». (Was für eine organisierte Hetze wäre wieder losgebrochen. wenn so etwas hinter dem «Eisernen Vorhang» geschehen wäre! Es ist nicht auszudenken . . .) Einen Augenblick lang stutzte auch die Regierung von Kapstadt; sie setzte sogar die Anwendung der Paßgesetze aus. Aber rasch fand sie ihre alte, brutal-hochmütige Haltung wieder. Ministerpräsident Verwoerd hatte die Stirn, zu behaupten, Sharpeville sei nur ein «lokaler Zwischenfall», der keineswegs gegen die Rassentrennung gerichtet sei und auch mit Armut und niedrigen Löhnen nichts zu tun habe; hinter der ganzen Sache stehe nur kommunistische Propaganda, die versuche, «die Leute so zu beeinflussen, daß sie gegen den weißen Mann Stellung nehmen». Und der Apartheids-Minister Maree ließ sich im gleichen Sinn vernehmen: es handle sich lediglich um die Tätigkeit von kommunistischen Gruppen, die darauf gerichtet sei, «die Autorität des Staates zu untergraben und die Demokratie zu zerstören». Die Demokratie der Schüler Hitlers und nun auch der französischen Algerienkrieger, deren Methoden, wie feststeht, von der südafrikanischen Regierung sorgfältig studiert wurden!

Die Terrormaschinerie der Apartheid wurde darum nicht abgestellt, sondern noch schärfer in Gang gebracht. Die Paßgesetze wurden wieder in Kraft gesetzt. Fast in der ganzen Union wurde der Notzustand ausgerufen, der den Behörden freie Hand für jegliche Willkür gibt. Tausende von Afrikanern, aber auch von oppositionellen Weißen wurden verhaftet; einer von diesen verübte einen Anschlag auf Dr. Verwoerd selber, zum Glück ohne ihn zu töten. Die Organisationen der Afrikaner wurden verboten — kurz, alles spricht dafür, daß die Regierung entschlossen ist, ihr Gewaltsystem um jeden Preis und gegen jeden Einspruch aufrechtzuerhalten. Es ist klar, daß sie damit zuletzt nicht durchkommen wird. Sie läuft nur Gefahr, die Afrikaner, die in ihrer sprichwörtlichen Gutherzigkeit und Geduld große Neigung zum gewaltlosen Widerstand haben, mehr und mehr zur eigentlichen Gewaltrevolution zu treiben, wo doch jetzt alles darauf ankäme, solange es noch einigermaßen Zeit ist, durch Einlenken auf einen neuen Kurs der weißen Minderheit in Südafrika eine würdige Zukunft in Gleichberechtigung mit den Schwarzen zu sichern. Aber das wollen die Rassenfanatiker gerade nicht. Sie wollen nicht

Gleichberechtigung, sondern Herrschaft, teils um ihre Klassenvorrechte aufrechtzuerhalten, teils aus Furcht, der weiße Volksteil werde über kurz oder lang im «Schwarzen Meer» spurlos versinken. Und doch gibt es keinen andern Weg als die Durchsetzung der Rechtsgleichheit für alles, was Menschenantlitz trägt. Die Aufstiegsbewegung der bisher minderberechtigten, niedergetretenen und ausgebeuteten farbigen Rassen ist mit keinem Terror mehr aufzuhalten. Sie ist in Asien in stürmischen Gang gekommen und wird dort weiterhin ihren Weg machen. Sie hat längst auch Afrika erfaßt, und kein Verwoerd, kein de Gaulle, kein Salazar wird noch etwas dagegen auszurichten vermögen. Es gilt nur, sie in Bahnen zu lenken, auf denen sie zu einer wohltätigen, aufbauenden Kraft wird, statt zuerst als zerstörender Lavastrom unabsehbaren Schaden anzurichten.

Kuba wird frei Nur langsam greift die soziale und nationale Freiheitsbewegung der unterentwickelten Völker auch auf Lateinamerika über. Sie hat zwar dort längst ebenfalls begonnen; die mexikanische Revolution von 1911 (der dann die erste chinesische folgte) hat sogar das erste Flammenzeichen für die Erhebung der kolonialistisch und imperialistisch ausgebeuteten Nationen gegen ihre einheimischen und fremden Unterdrücker gegeben. Aber die bisherigen Freiheitsregungen in den mittel- und südamerikanischen Ländern sind bisher doch meistenteils durch die konservativ-reaktionären Gegenkräfte mehr oder weniger erfolgreich niedergehalten worden; Britisch-Guyana und Guatemala sind die jüngsten Beispiele dafür. Nun ist *Kuba* an der Reihe — was wird aus *seiner* Revolution werden?

Ich habe in der letzten Weltrundschau bereits davon gesprochen, daß der Umsturz in Kuba die Vereinigten Staaten in erhebliche Sorge versetzt und zu Gegenwirkungen veranlaßt hat. Es ist aber nötig, noch etwas näher auf diesen ganzen, höchst bezeichnenden Vorgang einzutreten. Erinnern wir uns daran, daß der frühere Diktator Kubas, Batista, der Anfang 1959 gestürzt wurde, Hand in Hand mit den nordamerikanischen Interessenten der wirtschaftlichen Ausbeutung des Insellandes arbeitete. Sein korruptes und terroristisches Regime lieferte die Mineralschätze Kubas dem US-Kapital aus, verschaffte ihm den beherrschenden Einfluß auf die Zuckerindustrie, die Hauptindustrie, des Landes, ließ Havanna zu einem Paradies für die eine zweifelhafte «Entspannung» suchenden reichen Yankees werden und duldete sogar die ständige Besetzung der Hafenstadt Guantanamo durch nordamerikanische Marinetruppen. Diesem unerträglich gewordenen Zustand machte dann die volkstümliche Revolution unter der Führung Fidel Castros ein Ende. Mit all ihren Fehlern und Schwächen, die nicht beschönigt werden sollen, reihte sie sich doch in die Kette der sozialen und nationalen Freiheitsbewegungen ein, die ohne abzureißen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in so machtvoller

Art drei Kontinente erschüttern. Ihr Ziel war und ist ein doppeltes: Abschüttelung der politischen und wirtschaftlichen Fremdherrschaft, also nationale Selbstbestimmung, und in Zusammenhang damit Schaffung einer Gesellschaftsordnung, die das kubanische Volk zu Wohlstand und Bildung, Freiheit und Menschenwürde emporhebt. Wie überall, so setzte die Revolution auch in Kuba mit einer *Landreform* ein, die den Boden in weitem Umfang seinen Bebauern zurückgeben und die Macht der Zuckerplantagenbesitzer brechen sollte. Bisher gehörten 45 Prozent des kubanischen Bodens einer dünnen Schicht von nicht einmal zweieinhalbtausend Großbesitzern. Durch die Reform wurde diesen Feudal- und Industrieherren ihr Besitz genommen, soweit er 1000 Jucharten überstieg, und zwar gegen anständige Entschädigung, und an die verelendeten Landarbeiter und Kleinbauern verteilt. Jeder von ihnen bekam etwa 66 Jucharten; will einer Land hinzukaufen, so erhält er staatliche Beihilfe.

Gleichzeitig macht sich die Regierung Castro auch an eine Umgestaltung der Betriebsweise der Landwirtschaft. «Die neuen Landbesitzer wurden», wie Martin Keitzer in der Hamburger «Anderen Zeitung» berichtet (Nr. 8/1960), in verschiedenen Genossenschaftsformen organisiert, um maximale Erträge zu erzielen. In Gebieten mit vorwiegendem Kartoffel-, Gemüse- und Obstanbau ist die genossenschaftliche Organisation lose. Lediglich der Ankauf von Maschinen, Saatgut, die Kreditvergabe und der Verkauf der Produkte erfolgt im Rahmen der «Cooperativas». Eine sowchosenähnliche Betriebsform wurde für die riesigen Zuckeranbaugebiete gewählt, denn nach Aufteilung des Landes in viele kleine Grundbesitze hätte die Einzelwirtschaft schnell zu einem Ertragsschwund geführt. Das staatliche Instituto Reforma Agraria (Agrar-Reform-Institut) lenkt zentral die Bewirtschaftung dieses ehemals privaten Großgrundbesitzes. Die neuen Kleinbesitzer erhalten Löhne und Anteile am Gewinn. Diese Organisationsform soll so lange beibehalten werden, bis die ehemaligen Landarbeiter mit der Lenkung derartig komplexer Anbaugebiete vertraut sind. Dann sollen die Verwalter durch Wahlen bestimmt werden.»

Für Nordamerika und seine kapitalistische Oberklasse ist das alles natürlich schlimmster Kommunismus. «U. S. News & World Report» (30. November 1959) schrie erschreckt auf: «In Kuba ist eine der großen geschichtlichen Diebereien im Gang. Es ist ein neues Glied in der Kette von Diebstählen — vergangenen, gegenwärtigen und sich vorbereitenden —, die in Lateinamerika verübt worden sind oder verübt werden sollen. Das Opfer ist in jedem Fall der amerikanische Kapitalgeber, der gearbeitet, gespart, geplant, gewagt und den Reichtum geschaffen hat, der nun gestohlen werden soll. Der Räuber ist in jedem Fall eine Regierung, die bequeme Wege sucht, um den Reichtum anderer Leute zu plündern.» Die armen USA-Kapitalisten! Man muß direkt Mitleid mit ihnen haben, wenn sie jetzt tatenlos zusehen

müssen, wie ein kleines Volk, das ihnen bisher hohe Zinsen und Dividenden erarbeitet hat, daran geht, für sich selbst zu arbeiten und die Reichtumsquellen seines Bodens in eigenen Besitz zu bringen!

Die erbosten Investoren und Großbesitzer bleiben aber nicht untätig. Von den Vereinigten Staaten aus nähren sie eine gegenrevolutionäre Bewegung, die auf alle Art dem Regime Castros Schwierigkeiten macht; und wenn es auch unwahrscheinlich ist, daß beispielsweise die Explosion eines mit belgischen Waffen für die Regierung beladenen Frachtdampfers im Hafen von Havanna ein amerikanischer Sabotageakt war, so sind um so glaubhafter die Berichte, daß von Florida aus immer wieder Flugzeuge über Kuba operieren, die bis zu eigentlichen Bombenangriffen auf kubanische Ziele schreiten. Die amerikafeindliche Stimmung der Bevölkerung Kubas, die wiederholt auch zu diplomatischen Zwischenfällen und Geplänkeln zwischen Havanna und Washington geführt hat, ist jedenfalls wohl zu verstehen. Das alte, bewährte Mittel nordamerikanischer Politik gegenüber aufsässigen Südländern — die Entsendung einer schlagkräftigen Militärgruppe — ist bisher offenbar nicht ernstlich in Betracht gezogen worden; dafür hat nicht sehr viel gefehlt, daß die USA-Regierung veranlaßt wurde, die bedeutende Zuckereinfuhr aus Kuba zu kürzen oder überhaupt zu sperren. Die Endwirkung einer solchen Maßnahme hätte sich vielleicht gegen Nordamerika selbst gerichtet.

Inzwischen befestigt sich in Kuba das Revolutionsregime auch wirtschaftlich. Das Volkseinkommen soll gestiegen sein; die Löhne konnten erhöht und die Preise (besonders für Zucker, Fleisch, Arzneien und elektrischen Strom) herabgesetzt werden; durch große öffentliche Arbeiten und planmäßige Kapitalanlagen in Industrie und Landwirtschaft ist die Arbeitslosigkeit eingedämmt worden. Anderseits hat die Regierung im Anschluß an den Besuch Mikoyans, des Moskauer Fachmannes für Auslandswirtschaft, in Havanna ein Abkommen mit der Sowjetunion geschlossen, das Kuba ein gutes Stück weiterzuhelfen geeignet ist. Die Sowjetunion gewährt danach Kuba ein Anleihen von rund 450 Millionen sFr. und erklärt sich bereit, innerhalb der nächsten fünf Jahre fünf Millionen Tonnen kubanischen Zucker abzunehmen, was ungefähr einer Jahresernte entspricht.

Das gab begreiflicherweise dem amerikanischen Argwohn gegenüber der Regierung Castro neue Nahrung und steigerte die Furcht vor einer zunehmenden Durchdringung Lateinamerikas mit kommunistisch-revolutionären Ideen noch mehr. Ein nach den Vereinigten Staaten geflüchteter Kubaner erklärte nach einer Rundreise durch Südamerika der schon genannten Neuyorker Wochenschrift «U. S. News & World Report» (18. Januar 1960) gegenüber: «Es ist keine Frage, daß die kubanische Revolution die Phantasie der Massen in Lateinamerika beschäftigt. Die Kommunisten wissen das, wenn es auch andere nicht wissen. Die Kommunisten haben darum einen Feldzug begonnen, um Castro in Südamerika auszunützen.» Und seinerseits be-

richtet das Blatt, daß in Venezuela, Uruguay und Kolumbien eine lebhafte Plakatpropaganda für die Verteidigung der kubanischen Revolution betrieben, ja sogar ein Freiwilligenkorps zur Unterstützung der Streitkräfte Castros gebildet werde. «Hochgestellte Südamerikaner haben sich gegen Castro gewandt, nicht aber die Massen. Die Roten bearbeiten sie, um die kubanische Revolution nach Südamerika auszuführen.» Das mag amerikanischer Zweckalarm sein. Aber daß Kubas Beispiel im übrigen Lateinamerika zu zünden droht, wird schon stimmen, und insofern ist die Beunruhigung in den Vereinigten Staaten nicht unbegründet. Die Frage ist nur, ob Castro durchhält und die kubanische Revolution ihrem eigenen Schwergewicht folgend weiterrollen wird, oder ob über kurz oder lang die ganze Bewegung — wie in anderen lateinamerikanischen Ländern — unter dem Druck der Gegenmächte doch wieder steckenbleibt und versandet. Was in Guatemala geschehen ist, kann sich — auf anderen Wegen — in Kuba wiederholen. Die Zuckerinsel liegt Nordamerika zu nahe, als daß die geschäftsführende Oberschicht der Vereinigten Staaten sie schon heute als für die «freie Welt» verloren abschreiben würde.

Reichtum und Not in Lateinamerika

Auf die Dauer wird freilich — des können wir ganz sicher sein — weder in Kuba noch in Lateinamerika überhaupt die revolutionäre Bewegung aufzuhalten sein, so wenig wie dies in Asien und Afrika möglich ist. Wenn man *einmal* von einer geschichtlichen Notwendigkeit reden kann, die sich durchsetzt, weil sie einem *sittlichen* Gebot entspricht, so in diesem Fall. Dagegen kommt kein Widerstand der Beharrungsmächte auf, auch nicht ausländischer Nutznießer der wirtschaftlichen und geistigen Rückständigkeit farbiger Völker. Seit zwei Jahrzehnten sind Engländer, Holländer, Franzosen im unaufhaltsamen Rückzug aus ihren Kolonien begriffen, die ihnen gewaltige Reichtümer eingebracht haben; die Amerikaner werden die gleiche Erfahrung mit *ihren* Untertanenländern machen, besonders mit den 20 Ländern lateinischer Sprache südlich des Rio Grande.

Hier wartet ein Riesengebiet auf seine Hebung und Befreiung, dreimal so groß wie die Vereinigten Staaten. Vorerst noch sehr dünn besiedelt — mit nur 6 Prozent der Erdbevölkerung hat es 16 Prozent der bewohnbaren Bodenfläche der Erde — ist Lateinamerika ungemein reich an Naturschätzen. Brasilien besitzt die größten Holzvorräte der Erde. Mexiko ist der wichtigste Silberproduzent der Erde, Chile steht an zweiter Stelle unter den Kupferproduzenten, Venezuela an dritter Stelle unter den Erdölproduzenten, Bolivien ebenfalls im dritten Rang unter den Zinnproduzenten. Chile, Mexiko, Argentinien und Brasilien sind reich an Uranium — und so fort. Und doch gehören die Völker Lateinamerikas zu den ärmsten unserer Erde. Ihr gesamtes Jahreseinkommen beträgt nicht über 15 Milliarden Dollar, gegen 150 Milliarden Volkseinkommen allein in den Vereinigten Staa-

ten. Das Jahreseinkommen der Lateinamerikaner je Kopf wird auf kaum 100 Dollar geschätzt, rund 430 Schweizer Franken (in der Schweiz: 3700 Fr., in den Vereinigten Staaten: 6000 Fr.). Die kulturelle Rückständigkeit in den mittel- und südamerikanischen Ländern ist unglaublich; die Zahl der Analphabeten erreicht in gewissen Ländern 85 Prozent der Bevölkerung. Und vollends der Gesundheitszustand ist zum Erschrecken schlecht. «Es gibt», so stellt Josué de Castro in seinem berühmten Buch über den Welthunger fest, «nicht ein einziges Land in Südamerika, in dem die Bevölkerung frei von Hunger ist. Alle leiden unter diesem furchtbaren Übelstand; der einzige Unterschied ist, daß er in einigen Gebieten heftiger, in anderen gedämpfter ist.» Die Ernährungslage macht der Verfasser in erster Linie auch für die Armut der lateinamerikanischen Länder verantwortlich. «Sie ist eine Hauptursache ihrer unzureichenden Produktion, der unvollständigen Ausnützung ihrer Naturschätze, ihrer politischen Unbeständigkeit und ihres Rückstandes in Technik und Bildung.»

Nordamerikas Vorherrschaft Nichts Geringeres als eine wirtschaftliche und soziale Umwälzung ist nötig, um die Völker Lateinamerikas zu Wohlstand und menschenwürdigem Leben emporzuheben. Wirtschaftlich gesprochen heißt das Sicherung des Absatzes für die mineralischen, land- und forstwirtschaftlichen Rohstoffe, Bodenreform und Industrialisierung. Wie dringend die Aufgabe ist, geht schon aus dem Wachstum der lateinamerikanischen Bevölkerung hervor, das mit über 20 Prozent so ziemlich das schnellste der Welt ist, doppelt so rasch wie dasjenige Asiens und viermal so rasch wie dasjenige Europas. Bis 1980 wird Lateinamerika, das jetzt 185 Millionen Einwohner zählt, schon 100 Millionen mehr haben und im Jahr 2000 gar auf 500 Millionen kommen, wenn die gegenwärtige Bewegung anhält. Der Bevölkerungsdruck, unter dem die Wirtschaft steht, ist wirklich außerordentlich.

Die rationelle Entwicklung und Selbständigmachung der lateinamerikanischen Wirtschaft stößt nun freilich auf ein schweres Hindernis: die einseitige Pflege eines bestimmten Produktionszweiges (Monokultur), die zugleich Folge wie Ursache der Abhängigkeit der mittel- und südamerikanischen Länder von ausländischem Kapital und ausländischen Absatzmärkten ist. So ist Brasilien in erster Linie von seiner Kaffeewirtschaft abhängig; in Chile entfallen 63 Prozent der Ausfuhr auf Kupfer, Kolumbien führt zu 83 Prozent Kaffee aus, Venezuela zu 94 Prozent Petrol, Kuba zu 84 Prozent Zucker, Bolivien zu 68 Prozent Zinn. Die Preisbewegung dieser Erzeugnisse auf dem Weltmarkt — und das heißt vor allem in Nordamerika — bestimmt das wirtschaftliche Wohlergehen der betreffenden Völker, ihre Gesundheit und ihr Leben wie die Stetigkeit ihrer politischen Verhältnisse und Einrichtungen. Daß die lateinamerikanischen Staaten sozu-

sagen fortwährend von Revolutionen, Putschen und sonstigen Unruhen erschüttert werden, hat hier einen Hauptgrund.

Die Entwicklung der lateinamerikanischen Wirtschaft ist so weithin in die Hände der ausländischen Kapitalmächte gegeben. Wie Georges Fournial in der Pariser «Démocratie Nouvelle» (März 1959) schreibt: «Die ganze Geschichte der Kolonisation des Kontinents bezeugt, daß einzig diejenigen Naturschätze ausgebeutet wurden, welche die kapitalliefernden fremden Mächte interessierten, und unter diesen diejenigen, die jeweilen in einer Wirtschaftskonjunktur den lohnendsten Ertrag abwarfen. Wenn Kuba den Getreidebau, die Viehzucht und teilweise sogar den Tabakanbau aufgab, so deswegen, weil die ‚United Fruit Co.' ihren Höchstprofit im Zucker sah. Der gleiche Trust verurteilt Guatemala und Nordkolumbien dazu, sich ausschließlich dem Anbau von Bananen zu widmen. Die ‚Swift' und ‚Armour' produzieren Gefrierfleisch und verwandeln die argentinischen und uruguayischen Viehherden in Konserven ... Sobald ein Produkt fette Gewinne in Aussicht stellt, wird ihm alles geopfert; das ganze Gebiet muß mitmachen, die Arbeitskräfte haben sich entsprechend anzupassen ... Die Kosten bezahlen die Bevölkerungen des Gebietes, niemals die ausländischen Monopole.»

Der größte Teil der Kapitalien, die in Lateinamerika angelegt sind, stammt aus den Vereinigten Staaten. Ende 1957 wurden sie auf 8,4 Milliarden Dollar geschätzt, ein Drittel der direkten nordamerikanischen Kapitalien, die im Ausland «arbeiteten». Im Jahr 1958 betrugen sie sogar 9,5 Milliarden Dollar. Und die Gewinne, die daraus flossen und weiter fließen, sind enorm; man veranschlagt sie auf mindestens drei Milliarden Dollar jährlich, also auf rund 30 Prozent des angelegten Kapitals. Kein Wunder, daß man in den Vereinigten Staaten größten Wert auf die Behauptung der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft in Lateinamerika legt. In der «New York Times» stand vor einem Jahr (26. April 1959) ein Artikel von Herbert L. Matthews «Warum Lateinamerika für uns lebenswichtig ist», in dem es hieß:

«Etwa ein Viertel all unserer Ausfuhren geht nach Lateinamerika, und ein Drittel all unserer Einfuhren stammt von dorther ... Ohne Stützpunkte auf den Karibischen Inseln und ohne den Panamakanal lägen die Vereinigten Staaten weit offen für einen Einfall da ... Zöge man die Stimmen der zwanzig lateinamerikanischen Staaten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen von unserem Lager ab — wo stünden wir dann? ... Jedesmal muß man feststellen: ‚Hätten wir Lateinamerika nicht auf unserer Seite, so wäre unsere Lage verzweifelt'. Der Ausfall der Erzeugnisse und Absatzmärkte Lateinamerikas würde die Vereinigten Staaten zu einer Macht zweiten Ranges herabdrücken.»

Die Verhinderung einer Industrialisierung der mittel- und südamerikanischen Länder in einem Sinn, der die Selbständigmachung des Halbkontinents befördern würde, und gar die Verhinderung einer

sozialen Revolution in diesem Raum — das ist in der Tat ein Lebensinteresse der Vereinigten Staaten oder doch ihrer kapitalistischen Oberklasse. Darum ihre Angst vor dem «Kommunismus» und ihr Wille, mit allen Kräften die nationale wie die soziale Freiheitsbewegung der lateinamerikanischen Völker hintanzuhalten.

Die neue Revolution Dabei haben die Reformen, zu denen die Wirtschaft der lateinamerikanischen Staaten drängt, zunächst mit Kommunismus überhaupt nichts zu tun und mit Sozialismus recht wenig. Es sind Wandlungen, die, wie die Agrarreform und die Industrialisierung, in Westeuropa und zum Teil auch in Nordamerika schon im Gefolge der bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts vollzogen worden sind — zu einer Zeit also, da der Kapitalismus noch eine fortschrittlich-revolutionäre Kraft war. Aber inzwischen sind Kapitalismus und Bürgertum eben mehr und mehr konservative, ja gegenrevolutionäre und rückschrittliche Kräfte geworden, so daß die wirtschaftlichen und sozialen Reformen, die in den kolonialen und proletarisierten Ländern fällig sind, die Herrschaft der einheimischen Feudal- und Kapitalistenklassen ebenso bedrohen, wie sie die mit ihnen verbündete Macht des ausländisch-kolonialistischen Kapitalismus unterhöhlen. Es kann so ganz wohl sein, daß der nordamerikanische Kapitalismus einen harten Stoß erführe, wenn ihm Lateinamerika verloren gehen sollte. Der Raum, in dem er sich entfalten kann, würde ihm nicht bloß in Europa, in Asien und Afrika enger und enger werden, sondern auch auf dem amerikanischen Kontinent selber. Und da der Kapitalismus sich immerzu ausdehnen oder aber ersticken muß, so begreift man die Sorgen seiner Träger und Nutznießer in den Vereinigten Staaten nur zu gut.

Am vordringlichsten ist in Mittel- und Südamerika die Umgestaltung der Eigentumsordnung in der *Land- und Plantagenwirtschaft*. Man weiß, wie schwer auf der Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas der Großgrundbesitz lastet, der im Besitz einer Handvoll Landaristokraten ist, während auf der anderen Seite die Masse der meist bettelarmen, unwissenden, halbhörigen besitzlosen Landproletarier steht. Die lateinamerikanischen Großgrundbesitzer sind die mächtigsten ihrer Art auf der Erde; die Güter von mehr als 6000 Hektaren stellen nur anderthalb Prozent der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe dar, umfassen aber mehr als die Hälfte des angebauten Bodens. In *Venezuela* zum Beispiel teilen sich rund 320 000 Kleinbesitzer — das sind 80 Prozent der Betriebsinhaber — in die Verfügung über ganze 3,8 Prozent des Bodens; am andern Ende der Stufenleiter findet man 6700 Großbesitzer (1,7 Prozent der Gesamtzahl) mit Gütern von 1000 bis 10 000 Hektaren, die fast drei Viertel des Landesbodens umfassen. «Das bedeutet», so bemerkt dazu Victor Alba in der «Critica sociale» (Nr. 19/1960), «daß der größte Teil des Bodens in den Händen einer kleinen Zahl von Familien liegt, die in Caracas,

an der Riviera oder in Neuyork leben und von ihren Ländereien nur verlangen, daß sie erzeugen, was unumgänglich notwendig ist, damit sie ihr reiches Stadtdasein weiterführen können ... Der Boden bringt nicht hervor, was er könnte, und Venezuela muß alljährlich für etwa 150 Millionen Dollar Lebensmittel einführen.» Die trostlose Armut der Landbevölkerung, die drei Fünftel der Einwohnerschaft des Landes ausmacht, verhindert so auch die venezolanische Industrie, ihre Erzeugnisse auf dem heimischen Markt abzusetzen.

Die Regierung von Romulo Bétancourt, die das frühere Diktaturregime in Venezuela abgelöst hat, steht nun im Begriff, eine Agrarreform durchzuführen, die 350 000 Bauernfamilien Land zuteilen will, teils aus Staatsbesitz, teils aus privatem Großgrundbesitz. Die Kosten der Reform sind bedeutend — im ganzen etwa 7 Milliarden Dollar —, sollen aber teilweise durch den erwarteten höheren Ertrag der Landwirtschaft eingebracht, im übrigen aber durch die Verpachtung der Ölfelder bestritten werden, die dem Staat alljährlich Milliarden von Dollar liefert. Bezeichnend ist, daß die Großgrundbesitzer im ganzen der Landreform ebensowenig Widerstand leisten wie die Armee, die bisher immer wieder in den Dienst reaktionärer Interessen gestellt wurde, aber jetzt offenbar unter den Einfluß jüngerer, fortschrittlich gesinnter Offiziere gekommen ist.

Ist dieser Vorgang typisch für die kommende Entwicklung auch im übrigen Lateinamerika? Man möchte es annehmen; die Zeit ist eben erfüllt für eine große, wenn auch wohl langsame Wendung zum Besseren. Schon sind in Mittel- und Südamerika die meisten *Diktaturregierungen gestürzt*; zuletzt traf es diejenigen von Perón in Argentinien, Rojas-Pinilla in Kolumbien, Perez-Jimenez in Venezuela und Batista in Kuba. Jetzt bleiben noch vier Diktatoren: Stößner in Paraguay, Duvalier auf Haiti, Somoza junior in Nicaragua und Trujillo in Santo Domingo. Der letzte ist der übelste. Er hat unzählige politische Morde auf dem Gewissen. «Man glaubt», so schreibt Jim Peck in den «Peace News» (13. November 1959), «Trujillo habe das umfassendste Geheimpolizeisystem auf der westlichen Halbkugel, und die Vereinigten Staaten benützten es für ihre antikommunistischen Nachforschungen in ganz Lateinamerika ... Da er Besitzer der meisten Wirtschaftsunternehmungen in Santo Domingo ist, so sind seine Geldmittel unbegrenzt — oder doch beinahe.» Offenbar hätte er große Lust, Kuba anzugreifen und Castro zu stürzen, aber die Vereinigten Staaten raten ihm davon dringend ab, um offene Kriegshandlungen im Bereich der Karibischen Inselgruppe zu vermeiden.

Wie dem auch sei — die fortschreitende Verdrängung der faschistischen Diktaturen durch eher liberale und volksfreundliche Kräfte weist darauf hin, daß die Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung der lateinamerikanischen Länder einer radikalen Umgestaltung entgegengeht. Mit politischen und wirtschaftlichen Machtmitteln diesen Vorgang aufhalten zu wollen, ist vergebliches Bemühen. Das sieht

auch ein zum Antikommunismus bekehrter ehemaliger Kommunist wie der Peruaner Ravines ein, der in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2544/1959) fesftstellt, daß polizeiliche Unterdrückung und Waffengewalt nicht ausreichten, um die Revolutionierung Südamerikas im Sinne des Kommunismus zu verhindern. Er verfällt aber einem weitverbreiteten Irrtum, wenn er glaubt, dazu bedürfe es einer Kriegführung mit Ideen, die «die überkommenen Werte und den Respekt vor der alten, herrschenden Ordnung» zu stützen geeignet seien. «Eine solche Idee könnte zum Beispiel die Moralische Aufrüstung für ganz Südamerika bedeuten. Sie könnte dort als revolutionäre Bewegung, die Menschen, ihre Familien und ihre Nationen umformt, wirken.» Welche Selbsttäuschung! Ideen — gewiß! Aber *echte* Ideen, solche, die nicht nur als Idealisierung bestehender Unrechtsordnungen wirken, die nicht Opium für die zu Licht und Freiheit strebenden, seit Jahrhunderten niedergehaltenen ganz- und halbkolonialen Völker sind, sondern Dynamit, das den Weg für eine Ordnung der Gerechtigkeit und Menschlichkeit freilegt. Mit *solchen* Ideen im Bund braucht niemand zu fürchten, der lateinamerikanische Kontinent, der sich von der Diktatur und Ausbeutungswirtschaft seiner bisherigen Machthaber befreit, werde nur einer neuen Gewaltherrschaft zum Opfer fallen. Die Revolution, die dann kommt, wird vielmehr eine gesellschaftliche Wandlung einleiten, die ein Segen für alle beteiligten Menschen und Völker sein wird.

13. April 1960. *Hugo Kramer*

Ein Kompromiß zwischen der Kirche Christi und der Vergötzung des Reichtums, das heißt der praktisch geübten Religion der kapitalistischen Gesellschaft, ist ebenso unmöglich wie einst der Kompromiß zwischen der Kirche und der Staatsvergötzung des Römischen Reiches.

Professor R. H. Tawney

Da hat man uns 1950 erklärt, wir müßten nach Korea gehen, um Demokratie und Freiheit zu retten. Nachdem 30 000 amerikanische Jungen und ungezählte Milliarden Dollar unserer Steuerzahler geopfert worden sind, entdecken wir wahrhaftig im Jahre 1960, daß wir damit ein Diktaturregime unterstützten, das an Brutalität keinem andern nachstand.

Aus einem Leserbrief an die «Detroit News» vom 28. April 1960